



Amtsgericht Oldenburg (Oldb)

Beschluss

Terminbestimmung

34 K 20/23

01.07.2025

Im Wege der Zwangsvollstreckung

zwecks Aufhebung der Gemeinschaft

soll am **Freitag, 10. Oktober 2025, 09:00 Uhr,**

im Amtsgericht Elisabethstr. 8, 26135 Oldenburg (Oldb), Saal 1 (Hauptgebäude)

versteigert werden:

Das im Grundbuch von Oldenburg Blatt 39921 eingetragene Grundstück

Lfd. Nr.	Gemarkung	Flur	Flurstück	Wirtschaftsart und Lage	Größe m ²
2	Oldenburg	4	2039/52	Gebäude- und Freifläche, Ehernerstraße 58	779

Der Versteigerungsvermerk wurde am 16.08.2023 in das Grundbuch eingetragen.

Verkehrswert: 350.000,00 €

Objektbeschreibung:

bebautes Grundstück (Doppelhaus - 2 Wohneinheiten: rechts und links - je Seite ein Anbau) in der Stadt Oldenburg (Oldb), Ehnerviertel, Ehernerstraße 58; Gemäß Gutachten: Baujahr 1906; Wohnfläche: ca. 151 m² (linke Haushälfte 83 m², rechte Haushälfte 68 m²); Aufteilung linke

Haushälfte: Kellergeschoss (4 Abstellräume, Treppenflur) Erdgeschoss (Wohnzimmer, ein Zimmer, Treppenflur, Küche im Anbau mit Zugang zum Balkon) Dachgeschoss (Schlafzimmer, Kinderzimmer, Bad), Aufteilung rechte Haushälfte: Kellergeschoss, Erdgeschoss (Wohn-/Esszimmer, Küche, Treppenflur, Bad, Kaminzimmer, Wintergarten), Dachgeschoss (3 Zimmer)

Ist ein Recht im Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte es spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss es auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger oder der Antragsteller oder bei einer Insolvenzverwalterversteigerung der Insolvenzverwalter widerspricht. Das Recht wird sonst im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung des Anspruchs – getrennt nach Hauptforderung, Zinsen und Kosten – einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärungen auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des vorbezeichneten Versteigerungsobjekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu erwirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Nähere Angaben zu dem Objekt und weitere Zwangsversteigerungsobjekte im Internet unter www.zvg-portal.de
